Gesetz vom, mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1995 geändert wird

Der Landtag hat beschlossen:

Das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1995, LGBl. Nr. 58/1995, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 46/2019, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 wird die Wortfolge „die Voraussetzungen für die“ durch die Wortfolge „bei Beantragung der Förderung eine Zusicherung der“ und die Wortfolge „den im Abs. 1 angeführten Gesetzen gegeben sind“ durch die Wortfolge „dem Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetz 2018 - Bgld. WFG 2018, LGBl. Nr. 60/2018, zu erteilen gewesen wäre“ ersetzt und nach dem Wort „festzustellen“ wird die Wortfolge „, wobei ein solcher Antrag binnen 24 Monaten ab Erteilung der Baufreigabe bzw. Baubewilligung einzubringen ist“ eingefügt.

2. In § 2 Abs. 2 wird das Wort „Grundsteuermeßbescheid“ durch das Wort „Grundsteuermessbescheid“ und das Zitat „BGBl. I Nr. 77/2016“ durch das Zitat „BGBl. I Nr. 135/2024“ ersetzt.

3. In § 3 Abs. 2 wird das Wort „Grundsteuermeßbescheides“ durch das Wort „Grundsteuermessbescheides“ ersetzt.

4. In § 7 Abs. 1 wird das Wort „Grundsteuermeßbescheid“ durch das Wort „Grundsteuermessbescheid“ ersetzt.

5. Dem § 8 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 2 und § 7 Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

Vorblatt

Problem:

Aus den Bestimmungen des Grundsteuerbefreiungsgesetzes ist nicht klar ersichtlich, bis wann ein Antrag zu stellen ist, wenn keine Wohnbauförderung in Anspruch genommen worden ist.

Ziel:

Klarheit für den Rechtsanwender, um keine Antragsfristen zu versäumen.

Inhalt:

Anpassung der Möglichkeit, eine Befreiung von der Grundsteuer auch dann zu erhalten, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung von Wohnbauförderungsmitteln nach dem Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetz 2018 vorgelegen wären, um eine konkrete Antragsfrist.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch den Entwurf entstehen weder dem Bund, noch dem Land oder den burgenländischen Gemeinden unmittelbar Mehrkosten.

Auswirkung in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Die in diesem Landesgesetz enthaltenen Regelungen weisen keinerlei umweltpolitische Relevanz auf.

Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer:

Die vorgeschlagenen Regelungen haben keine unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Der Entwurf steht im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Jene Regelungen, die nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, erfolgen in Konformität mit den auf Unionsebene vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Der vorliegende Entwurf enthält Regelungen, die eine ausschließliche Gemeindeabgabe zum Gegenstand haben. Für sie gilt das Einspruchsverfahren nach § 9 F-VG 1948. Der Gesetzesbeschluss ist daher unmittelbar nach der Beschlussfassung des Landtages vor der Kundmachung dem Bekanntgabeverfahren nach § 9 Abs. 1 F-VG zu unterziehen.

Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grundsteuer liegt auf Grund des § 7 Abs. 3 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 beim Bund. Gemäß § 16 Abs. 1 Z 1 des Finanzausgleichsgesetzes 2024, BGBl. Nr. 168/2023, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 128/2024, wird die Regelung der zeitlichen Befreiung für Neu-, Zu-, Auf-, Um- und Einbauten der Landesgesetzgebung insoweit überlassen, als nicht bundesgesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Aus den Bestimmungen des Grundsteuerbefreiungsgesetzes ist nicht klar ersichtlich, bis wann ein Antrag zu stellen ist, wenn keine Wohnbauförderung in Anspruch genommen worden ist. Daher wird die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, eine Befreiung von der Grundsteuer auch dann zu erhalten, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung von Wohnbauförderungsmitteln nach dem Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetz 2018 vorliegen, um eine konkrete Antragsfrist ergänzt.

Besonderer Teil

Zu Z 1 (§ 1):

Um die Bedingungen für die Grundsteuerbefreiungsfälle in Abs. 2, wenn keine Wohnbauförderung beantragt worden ist, klar im Gesetz zu regeln, wird die Bestimmung aktualisiert. Praxisrelevant sind nur Fälle nach dem geltenden Burgenländischen Wohnbauförderungsgesetz 2018, zumal gemäß § 2 Abs. 2 der Befreiungszeitraum mit dem Einheits- und Grundsteuermessbescheid für die abgeschlossene begünstigte Bauführung wirksam wird.

Die bereits bislang relevante Frist von 24 Monaten wird direkt im Grundsteuerbefreiungsgesetz geregelt, um Klarheit für den Rechtsanwender zu erreichen.

Zu Z 2 (§ 2 Abs. 2):

Der statische Verweis auf das Bewertungsgesetz 1955 wird aktualisiert und eine sprachliche Anpassung an die neue Rechtschreibung vorgenommen.

Zu Z 3 (§ 3 Abs. 2 und § 7 Abs. 1):

Auch hier wird eine sprachliche Anpassung an die neue Rechtschreibung vorgenommen.

Zu Z 4 (§ 8 Abs. 6):

Regelt das Inkrafttreten.